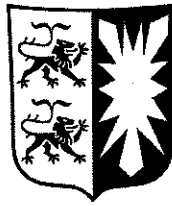


BEGLAUBIGTE ABSCHRIFT  
**SCHLESWIG-HOLSTEINISCHES  
VERWALTUNGSGERICHT**



Az.: 4 A 64/16

## BESCHLUSS

In der Verwaltungsrechtssache

der Frau

Kiel

- Klägerin -

Proz.-Bev.: Rechtsanwalt Hildebrandt,  
Gutenbergstraße 6, 24118 Kiel, - 056-16-vg-uk-01 -

g e g e n

den Norddeutscher Rundfunk Justitiariat, Rothenbaumchaussee 132, 20149 Hamburg  
- Beklagter -

Streitgegenstand: Rundfunk- und Fernsehrecht einschl. Beitragsbefreiung

hat die 4. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts am 14. September 2016 durch den Urkundsbeamten beschlossen:

Aufgrund des Beschlusses des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts vom 01.07.2016 sind von dem Beklagten an Kosten

**147,56 €**

an die Klägerin zu erstatten.

Die Berechnung ist bereits übersandt.

Die Vorverfahrensgebühr war nicht anzurechnen. Auf die zutreffende Begründung des Klägervertreters vom 21.08.2016 wird Bezug genommen.

**Rechtsmittelbelehrung**

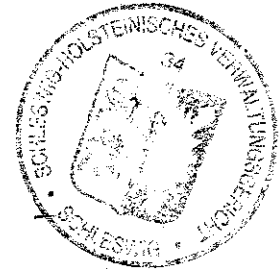
Gegen den Beschluss kann binnen zwei Wochen nach Zustellung schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht, Brockdorff-Rantzau-Straße 13, 24837 Schleswig die Entscheidung des Gerichts beantragt werden (§§ 151, 165 Verwaltungsgerichtsordnung).

**Hinweis:**

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere Voraussetzungen zu beachten (vgl. die Landesverordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften vom 12.12.2006 (GVObI. 2006, 361) in der z. Zt. geltenden Fassung).

Justizamtman  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Beglaubigt:  
Schleswig, 16.09.2016



Justizangestellte  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle